

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (02 28) 9 15 20-0
Telex: 886846 ppbr d
Telefax: 9 15 20-12

Inhalt

Heidemarie Wieczorek-Zeul
MdB zur Notwendigkeit, die
Lehren aus der hessischen
Niederlage zu ziehen: Das
letzte Warnsignal vor der Bun-
destagswahl.

Seite 1

Hans Büttner MdB zur
Kampfansage der Bundesre-
gierung an Stahl- und Auto-
mobilwerker: Gesellschaftspo-
litische Brandstiftung.

Seite 3

Dr. Hermann Scheer MdB zu
den Mechanismen der Me-
diengesellschaft oder warum
es wichtig ist, daß Günther
Jansen nicht zurücktritt:
Schurke gesucht.

Seite 4

Dr. Albert Schmid MdL zum 70.
Geburtstag von Volkmar Ga-
bert: Ein Politiker, der auch im
Streit stets fair blieb.

Seite 5

48. Jahrgang / 47

10. März 1993

Das letzte Warnsignal vor der Bundestagswahl

Zur Notwendigkeit, die Lehren aus der hessischen Niederlage zu ziehen

Von Heidemarie Wieczorek-Zeul MdB
Mitglied des SPD-Präsidiums
Vorsitzende des SPD-Bezirks Hessen-Süd

CDU und FDP zusammen kamen bei der Kommunalwahl in Hessen am Sonntag, dem 7. März 1993, gerade noch auf 36,8 Prozent. Rot-Grün liegt landesweit vorn mit 47,7 Prozent.

Wenn die CDU diesen Sachverhalt als Wahlerfolg feiert und keine Konsequenzen aus diesem Warnschuß zieht, ist das ihr Problem.

Die SPD aber darf sich ihre Wahlniederlage nicht schön reden wollen. Sie muß das Ergebnis als das werten, was es ist, als das letzte Warnsignal vor dem Wahlmarathon 1994. Sie muß zeigen, daß sie das Votum der Wähler und Wählerinnen und vor allem das Votum der Nichtwähler und -wählerinnen verstanden hat und daß sie Wirkung zeigt. Ich halte nichts davon, einseitige Erklärungsmuster und Schuldzuweisungen zu versuchen, die häufig nur der Absicherung des eigenen innerparteilichen Standortes dienen. Sie bringen die SPD nicht voran. Unser gewandeltes Verhalten sollte vielmehr zeigen: Der Schock war heilsam.

Als zentrales Faktum muß die SPD konstatieren:

Es gibt einen seit mehreren Jahren anhaltenden Trend der Verstärkung des Lagers der Nichtwähler in Hessen, das bei der Landtagswahl 1991 bereits größer war als der Stimmenanteil für die großen Parteien. Dieser Anteil der Nichtwähler ist bei der Kommunalwahl 1993 leicht gesunken, aber bisherige Nichtwähler, die diesmal wählen gegangen sind, haben die Repts gewählt.

Es ist auch feststellbar, wenn man das Wahlergebnis über mehrere Jahre analysiert, daß sich aus dem Nichtwählerpotential der letzten Jahre die Stimmen für die Rechtsparteien bereits in den vergangenen Wahlen rekrutiert haben. Bei der hessischen Kommunalwahl 1993 hat die SPD an die Gruppe der Nichtwähler im Saldo 190.000 Stimmen verloren. Das Hauptproblem für die SPD stellt daher die Frage dar, wie sie die Nichtwähler und -wählerinnen zurückgewinnen kann. Dabei müssen wir feststellen:

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10, Pressehaus I/217
5300 Bonn 1, Postfach 120408

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 62,50
mtl. zuzügl. MwSt und Versand.

Verpflichtung Umwelt
mit 4 erweiterter Rohstoffe
Zurückgabe Papier



10 Jahre Kohlscher Entsolidarisierungspolitik haben dazu beigetragen, gerade das untere Drittel der Bevölkerung zum guten Teil in die Nichtwahl abzudrängen. Typisch für sie war eine Frau in Offenbach, die ich an einem Info-Stand traf: Rente der Frau bei DM 900, Miete bei DM 400, 23 Jahre hat die Frau als Verkäuferin gearbeitet, aber von der Politik und auch von den Sozialdemokraten hat sie die Nase voll. Und wählen geht sie diesmal nicht, Repts auch auf keinen Fall.

Ich bin sicher, daß es uns gelingen kann, Menschen in dieser Gruppe auch wieder für die SPD zurückzugewinnen. Allerdings müssen wir ihnen nahebleiben und sie auch in unseren Parteizirkeln hören und ihre Positionen zu Kenntnis nehmen.

Zu der Tatsache, daß das untere Drittel der Bevölkerung sich zunehmend der Wahl verweigert, eine Erfahrung, die ja auch andere sozialdemokratische Parteien in Europa machen, und die auch in den USA besonders feststellbar war, kommt aber auch, daß durch die Art wie Kohl die Opfer der Einheit kraß unsozial gestaltet, zunehmend der Bereich der Facharbeiter und Facharbeiterinnen und der mittleren Angestellten betroffen wird. Und sie sehen nicht ein, daß sie "teilen" sollen, wo die Einheit so kraß unsozial zu ihren Lasten finanziert wird. Das heißt, die Politik Helmut Kohls verschärft die Auseinandersetzungen gerade im sozialdemokratischen Wählerpotential und weniger im Wählerpotential der CDU/CSU.

Gerade diesen Wählern und Wählerinnen müssen wir uns verstärkt zuwenden. Dazu muß die SPD aber da wo sie regiert, diese Interessen deutlicher in den Vordergrund stellen. Für die hessische Landesregierung wird das sicherlich heißen, daß ihr eigenes soziales Profil, das heißt der sozialdemokratische Anteil der hessischen Regierungspolitik, klarer herausgestellt und auch auf Facharbeiter und Facharbeiterinnen und die oben genannte Gruppe orientiert werden muß. Ein "Sozialkabinett" könnte dazu beitragen, die ja hervorragenden landespolitischen Ansätze in der Frage des Wohnungsbaues, der Beschäftigungspolitik, der Kinderbetreuung und in anderen Fragen deutlicher herauszustellen und zu konzentrieren. Noch notwendiger ist aber die diese soziale Gruppen übergreifende "politische Botschaft des Wechsels", die die Clinton-Kampagne in den USA in einer noch sehr viel zerklüfteteren Gesellschaft erfolgreich vermittelt hat.

Vor allem aber muß die SPD da örtlich Wirkung zeigen und Konsequenzen ziehen, wo sie mit drastischen Ergebnissen von Wähler und Wählerinnen für örtliche Fehler bestraft wurde, wie zum Beispiel in Kassel und Wiesbaden. Die sich aus der jeweiligen Situation sehr unterschiedlich ergebenden Stimmenverluste haben sicher sehr viel mit "Abheben" zu tun und mit dem, was mit "Arroganz der Macht" bezeichnet werden muß.

Ich bin überzeugt, daß eine Personaldiskussion, bezogen auf Einzelpersonen, die SPD überhaupt nicht voranbringt. Das einzige, was die SPD auf Bundesebene vorwärtsbringt, ist eine Verhaltensänderung ihrer Führungsgruppe, mich eingeschlossen.

Wenn das hessische Kommunalwahlergebnis der SPD-Führung, sowohl im Präsidium als auch bei den Ministerpräsidenten als auch in der SPD-Bundestagsfraktion deutlich gemacht hat, daß Team-Arbeit notwendig ist, bei der es einen Vorsitzenden gibt und wenn alle an der Spitze im Team spielen, dann ist eine wichtige Lehre gezogen, um die Bundestagswahl 1994 gewinnen zu können.

- Die SPD-Führung ist keine Vereinigung unabhängiger Sprecher, sondern eine Vereinigung, die in Bonn die Regierung Kohl ablösen und eine Politik verwirklichen will, die dem Zerschlagen des Sozialstaates ein Ende macht und die eine sozial-ökologische Perspektive des Wechsels aufzeigt.
- Es muß klar erkennbar sein, für welche Inhalte die SPD steht. Die Beliebigkeit des Umgangs mit Beschlüssen der Partei muß beendet sein.
- Es gibt sicher Bereiche, in denen angesichts der hervorragenden sozialdemokratischen Mehrheitsverhältnisse im Bundesrat es Kooperation und Gespräch mit der Regierung geben muß. Diese Felder müssen aber Ergebnis der politischen Entscheidung und strategischen Festlegung im SPD-Präsidium sein. In den anderen Feldern muß eine knallharte Opposition unsere Alternativen aufzeigen.

(-/10. März 1993/rs/ks)

Gesellschaftspolitische Brandstiftung

Zur Kampfansage der Bundesregierung an Stahl- und Automobilwerker

Von Hans Böttner MdB

Mitglied des Bundestags-Ausschusses für Arbeit und Sozialordnung

Der heute von der Bundesregierung eingebrachte Entwurf eines Gesetzes zur Umsetzung des Förderalen Konsolidierungsprogramms (FKPG), der auch Kürzungen bei Arbeitslosen-, Kurzarbeiter-, Schichtwettergeld und Arbeitslosenhilfe vorsieht, ist eine Kampfansage der Koalition an die Arbeitnehmer der Stahl-, Automobil- und Textilindustrie.

Dort laufen derzeit Programme, die hunderttausende von Arbeitnehmern zu Arbeitslosengeldbeziehern machen.

Das Ergebnis falscher Unternehmens- und Wirtschaftspolitik bedeutet zum Beispiel für einen Akkordarbeiter der Autoindustrie mit 3.800 DM brutto und Steuerklasse III, statt 2.400 DM netto nur noch 1.690 DM Arbeitslosengeld. Durch die Kürzungsvorschläge der Regierung würden davon weitere rund 90 DM gekürzt (rund fünf Prozent).

Eine solche Politik macht Angst. Sie führt nicht zu Solidarität, sie führt zu Spaltung.

Eine solche Politik ist gesellschaftspolitische Brandstiftung.

(-/10. März 1993/rs/ks)

Schurke gesucht

Zu den Mechanismen der Mediengesellschaft oder warum es wichtig ist, daß Günther Jansen nicht zurücktritt

Von Dr. Hermann Scheer MdB

Es ist politisch nicht beeinflussbar, welche Schwerpunkte sich die Medien zur Auflagensicherung und -steigerung setzen. Daß ein individueller Skandal publizitätsträchtiger ist als etwa das ganz und gar unsinnige milliardenträchtige Projekt eines europäischen Jagdflugzeugs, gehört offenbar zur Realität einer Mediengesellschaft. Vorgänge als Skandal definiert, die nichts weiter als ungewöhnlich sind. Es genügt, daß einer den Skandal-Ton angibt, und ein vielstimmiger Chor singt mit. Total irritiert von einer skandalisierenden Meinungswelle ist der Rücktritt des Betroffenen scheinbar die einzige Lösung - frei nach dem Motto eines alten Philosophen: "Nicht die Tatsachen sind entscheidend, sondern die Meinungen über die Tatsachen".

Der Fall Günther Jansen wird genauso behandelt, als hätte er irgendwo Geld entnommen oder genommen statt Geld zu geben. Was ist wirklich geschehen? Er hat der Person Pfeiffer geholfen, als diese am Boden lag. Dieser Pfeiffer war unter all denen, die in die Barschel-Schmutzkampagne verstrickt waren, der einzig anständige. Er hat sich seinerzeit als einziger freiwillig offenbart und damit die Aufdeckung erst ermöglicht - allen anderen, einschließlich Barschel selbst, mußte alles durch mühsame kriminalistische Recherchen nachgewiesen werden. Pfeiffer hat als einziger seine Existenz riskiert, denn die anderen waren Beamte. Er hat damit "tätige Reue" geübt. Ist es so befremdlich, daß ihm später derjenige SPD-Politiker hilft, dem er sich als erster offenbart hat? Die Umstände dieser Hilfe hätten anders sein können - denn eine in aller Öffentlichkeit deklarierte Hilfe wäre sicher angemessener gewesen.

Somit bleibt, daß 'man' Günther Jansen die Hilfe nicht abnimmt, daß 'es' nicht vermittelbar sei und er deshalb nun zurücktreten solle. Zum Skandal wird sogar gemacht, daß der seinerzeitigen Lebensgefährtin Herrn Pfeiffers eine Stelle im öffentlichen Dienst besorgt wurde, die sie auch vorher hatte. Jedem Gerücht wird schon mehr Glaubwürdigkeit geschenkt, bis in die Hauptfernsehnachrichten, als Günther Jansen, obwohl es kaum jemanden gibt, der für seine Uneigenmützigkeit so bekannt ist wie er.

Wenn er jetzt auch noch zurücktreten soll, dann wäre das der Gipfel der Absurdität. Es wäre ein Sieg der Verfeinerung von Resozialisierung, ein Sieg von Vorverurteilung, eine Beugung vor jeder Art von Medienkampagne, unabhängig davon, ob sie auf tönernen Füßen steht oder nicht.

Günther Jansen muß bleiben, weil er sich im Kern nichts vorzuwerfen hat. Nicht Rücktritt ist die richtige Reaktion, sondern offener Widerspruch zu der Prämisse, daß er zu gehen habe. Würde er zurücktreten, wäre mehr verloren als ein ehrenwerter und sozial profilierter Minister - verloren hätte eine Kategorie des Anstands gegenüber einem öffentlichen Schauspiel, das sich die Schurkensuche zur Hauptaufgabe gemacht hat, weil sich die Schurkensucher nicht vorstellen können, daß es in der Politik auch noch Nicht-Schurken gibt.

(-/10. März 1993/rs/ks)

Ein Politiker, der auch im Streit stets fair blieb

Zum 70. Geburtstag von Volkmar Gabert

Von Dr. Albert Schmid MdL

Vorsitzender der SPD-Fraktion im Bayerischen Landtag

Volkmar Gabert, der am 11. März seinen 70. Geburtstag feiern kann, hat die bayerischen Sozialdemokraten 28 Jahre im Bayerischen Landtag und vier Jahre im Europaparlament als Abgeordneter vertreten. Er war 14 Jahre Vorsitzender der Landtagsfraktion und neun Jahre Landesvorsitzender der bayerischen Sozialdemokraten. Seine Leistungen lassen sich jedoch nicht nur an der Länge der Zeit messen, während der er im öffentlichen Leben stand, sondern auch an der Qualität seiner Arbeit.

Anläßlich der Verleihung des Waldemar von Knoeringen Preises hat Johannes Rau in seiner Festrede gesagt, Volkmar Gabert sei nicht das gewesen, was man heute einen "modernen Politiker" nenne, der glaube, sich um den "Duft der großen weiten Welt" bemühen zu müssen; aber Landtagsfraktion und Partei seien zu seiner Zeit sehr erfolgreich gewesen.

Volkmar Gabert zog im Jahre 1950 im Alter von 27 Jahren als jüngster Abgeordneter in den Bayerischen Landtag ein. Bereits 1958 wurde er zu einem der beiden stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden und nach der Landtagswahl 1962 zum Fraktionsvorsitzenden gewählt. Ein Jahr später - im Alter von 39 Jahren - wurde er als Nachfolger Waldemar von Knoeringen auch Landesvorsitzender. Neun Jahre vereinigte er beide Ämter in seiner Hand.

Volkmar Gabert hatte das Glück, daß sich damals die "großen alten Männer" der bayerischen SPD, Wilhelm Hoegner und Waldemar von Knoeringen, als stellvertretende Landesvorsitzende zur Verfügung stellten. Dem Landesvorstand gehörten ferner frühere Regierungsmitglieder wie Richard Oechsle, Johann Maag und Karl Weishäupl, der damalige Münchner Oberbürgermeister Hans-Jochen Vogel und der Gewerkschaftsvorsitzende Ludwig Linsert an. Es war ein politisch erfahrenes und miteinander in Freundschaft verbundenes Team, das ohne innere Reibungsverluste erfolgreich tätig gewesen ist.

Volkmar Gabert eignete sich in der Fraktion und im Landesvorstand die Erfahrungen seiner beiden Vorgänger an. Er setzte das von Waldemar von Knoeringen begonnene "Gespräch mit jedermann" fort und weitete es aus. Die bayerische SPD erzielte in den sechziger Jahren beachtliche Erfolge. Erstmals in der Nachkriegsgeschichte gelang es ihr, ein Volksbegehren durchzusetzen, die Bayerische Verfassung zu ändern und damit einen jahrzehntelangen Streit um die Volksschule in ihrem Sinne zu entscheiden. Heute ist es unbestritten, daß ohne die Standfestigkeit des damaligen Fraktions- und Landesvorsitzenden dieses Ziel nicht erreicht worden wäre.

Dies hing damit zusammen, daß die Medien damals der SPD nicht zugetraut hatten, im katholischen Bayern den Schulartikel der Verfassung "umzukehren", das heißt, statt der Bekenntnisschule die Gemeinschaftsschule zur Regelschule zu machen. Die meisten Zeitungen traten daher für das von der FDP eingeleitete Volksbegehren ein, weil sie in der Gleichstellung der beiden Schularten gegenüber dem bisherigen Zustand einen Fortschritt sahen. Die SPD unterstützte dieses Volksbegehren nicht, da sie ihr Ziel bereits weiter gesteckt hatte, was heftige Kritik auslöste, die sich immer stärker gegen den Landesvorsitzenden richtete und schließlich auch dazu führte, daß sich zu den Kritikern einzelne Ortsvereine und Kreisverbände der SPD sowie Gewerkschaftsverbände gesellten. Volkmar Gabert ließ sich nicht beirren; Landesvorstand und Fraktion blieben ebenfalls standhaft, so daß schließlich schon ein Jahr später das gelang, was viele in Bayern für unmöglich gehalten hatten. Damit wurde nicht nur der Weg zum Ausbau des Volksschulsystems frei, sondern auch der jedes Jahr anstehende Abstimmungsstreit beseitigt.

Eine weitere, von der SPD initiierte Verfassungsänderung betraf den Rundfunkartikel 111a der Bayerischen Verfassung. Die CSU hatte durch eine Änderung des Rundfunkgesetzes die Zahl der Regierungsmitglieder und der Vertreter des Landtages vermehrt und damit ihren ohnehin beträchtlichen Einfluß noch erhöht. Durch ein weiteres Volksbegehren wurde auch hier ein Riegel vorgeschoben. Zugleich wurde in der Bayerischen Verfassung festgeschrieben, daß Rundfunk nur öffentlich-rechtlich möglich ist. Die SPD wollte damals die von der CSU lautstark geforderte Errichtung von privaten Anstalten verhindern. Das wurde später zwar durch eine verfassungsrechtlich zweifelhafte Konstruktion unterlaufen, die damals befürchteten Auswirkungen - man lese die Landtagsprotokolle nach - sind jedoch eingetreten: Die Verflachung und der Qualitätsverlust aller Programme. Dem Wunsch der CSU wurde hingegen entsprochen, in die Bayerische Verfassung eine Bestimmung aufzunehmen, wonach Sendungen verboten sind, die die Sittlichkeit grob gefährden. Die Grenze dieser Gefährdung ist mittlerweile, unter Duldung durch die CSU, allerdings erheblich verschoben worden!

In der Amtsperiode Volkmar Gaberts fällt ferner die Wiederaufnahme von Untersuchungsausschüssen, die durch die Spielbankenaffäre in Mißkredit gebracht worden waren und dann viele Jahre nicht mehr beantragt wurden. Auch wenn in der Regel die Regierungsmehrheit - vor allem wenn sie von einer Partei gestellt wird - Untersuchungsausschüsse zu entschärfen versucht, wirkt die Möglichkeit ihrer Einsetzung auf Regierung und Verwaltung vorbeugend. Besonders hervorgehoben werden muß auch die Arbeit der damaligen Landtagsfraktion auf dem Gebiet des Naturschutzes. In einer Zeit, als der Begriff "Umweltschutz" noch unbekannt war, schuf die bayerische SPD die Voraussetzungen, bei großen Teilen der Bevölkerung dafür um Verständnis zu werben. Ausgehend von dem auf Wilhelm Hoegner zurückgehenden Artikel 141 der Bayerischen Verfassung gelang es zunächst, die weitere Verbauung der See- und Flußufer zu beenden. Im Jahre 1970 wurde schließlich das erste Naturschutzgesetz in einem deutschen Parlament vorgelegt.

Im Jahre 1966 erzielte die SPD in Bayern mit 35,8 Prozent ihr bis dahin bestes Wahlergebnis. Zu Beginn des nächsten Jahrzehnts gingen die Jahre einer weitgehend innerparteilichen Friedfertigkeit zu Ende. Nun stand ein Generationenkonflikt an, wie ihn die SPD bis zu dieser Zeit nicht kannte. Auf die durch den Krieg gebeutelte und geschwächte mittlere Generation stieß eine geburtenstarke junge Generation, unter der sich - auch das war neu - zahlreiche Akademiker befanden. Die SPD war darauf nicht vorbereitet, obwohl sie jahrzehntelang darum gekämpft hatte, auch den Kindern aus Arbeiterfamilien die Gymnasien und Universitäten zu öffnen.

Volkmar Gabert, der sich als Landesvorsitzender keinem "Flügel" zurechnete, war in dieser schwierigen Zeit ein ruhender Pol, der sich um Ausgleich bemühte. Was ihm bei der Auseinandersetzung mit politischen Gegnern auszeichnete, kam nun der SPD auch innerparteilich zugute. Volkmar Gabert focht stets mit dem Florett und nicht mit schweren Säbeln. Er vermied es, politische Gegner zu schmähen oder zu beleidigen, und er ließ sich dazu auch dann nicht hinreißen, wenn er deshalb in und außerhalb der Partei als "zu brav" gescholten wurde.

Eine Reihe von Mißständen, in die Politiker verwickelt sind, hat leider dazu geführt, daß man in Kommentaren immer häufiger nicht die betroffenen Personen mit Namen nennt, sondern verallgemeinern im negativen Sinn von "den Politikern" spricht. Volkmar Gabert ist auf Grund des von ihm angewandten politischen Stils und durch sein allgemeines Verhalten einer der keineswegs seltenen Politiker, die Zeugnis gegen die Einführung einer "Kollektivschuld-These" im politischen Leben ablegen!

(-/10. März 1993/rs/ks)
